Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung

8. Mai 2017

Freiheitsrechte schützen
Antrag der Fraktion Freie Wähler + Piraten
- 101.18.482 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept zur Stärkung der Freiheitsrechte der Bürger in Kassel vorzulegen. In diesem Konzept sollen insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt werden:
Allen Kasseler Bürgern steht das Grundrecht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit zu. In Verbindung mit Artikel 1 Grundgesetz folgt daraus das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Dieses Recht wird zunehmend durch staatliche Überwachungsmaßnahmen untergraben.
Die Video-Überwachung öffentlicher Räume ist ein Eingriff in die Grundrechte der Bürger und erhöht den Grad der freiheitsbeschränkenden Maßnahmen. Das Bundesverfassungsgericht hatte bereits im Urteil zur Vorratsdatenspeicherung festgestellt, dass der Spielraum für weitere anlasslose Datensammlungen "erheblich geringer geworden" sei. Weitere Überwachungsgesetze etwa zur Bestandsdatenauskunft und die kommende Einführung der PKW-Maut wurden seitdem beschlossen. Erweiterte technische Möglichkeiten zur automatischen Gesichts- und Personenerkennung inklusive Alter und weiteren Informationen anhand biometrischer Merkmale haben das Missbrauchspotential der Videoüberwachung dramatisch erhöht.
Auch das Grundrecht auf vertrauliche Kommunikation durch das Fernmeldegeheimnis ist aufgrund der Befugnisse und bekannten Überwachungsmaßnahmen durch in- und ausländische Geheimdienste völlig ausgehöhlt.
Der Magistrat wird deshalb beauftragt, die Kasseler Bürger bei der Stärkung bzw. Wiederherstellung von Grundrechten zu unterstützen. Dazu soll der bisherige Einsatz von Videoüberwachungsmaßnahmen in Kassel schrittweise reduziert werden. Außerdem sollen Bürger über Möglichkeiten zur Nutzung verschlüsselter Kommunikationsmedien informiert werden und Möglichkeiten zur anonymen Nutzung des Internets geschaffen werden.
Beschlüsse zur Sicherheit in der Stadt sollen zukünftig stets auf statistisch fundierten Risiko-Bewertungen beruhen, um die Ressourcen für die objektiv relevanten Sicherheitsthemen zu verwenden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, AfD (6), Stadtverordneter Ernst, Stadtverordnete Dr. Janusch
Enthaltung: AfD (1), Stadtverordneter Burmeister, Stadtverordneter Nölke
den

Beschluss

Der Antrag der Fraktion Freie Wähler + Piraten betr. Freiheitsrechte schützen, 101.18.482, wird **abgelehnt.**

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin